

Hitz, Keil, Lehrer, Ronneberger,
Schmid, Wolff (Hrsg.)

Capitales Fatales

Urbanisierung und Politik
in den Finanzmetropolen
Frankfurt und Zürich

Rotpunktverlag 1995

Der Regulationsansatz, die Krise des Kapitalismus und ein alternativer Kompromiss für die neunziger Jahre

Alain Lipietz

Mit dem Zusammenbruch des sogenannten Sozialismus tritt die Welt jetzt zehn Jahre zu früh ins 21. Jahrhundert. Die grosse Hoffnung des 20. Jahrhunderts, der Übergang vom Kapitalismus zu einer progressiveren Produktionsweise, ist zusammengebrochen. Es ist jetzt klar, dass die Oktoberrevolution von 1917, abgesehen von einigen frühen Erfolgen der primitiven sozialistischen Akkumulation, zu nichts anderem als einer Form von autoritärem Staatskapitalismus führte, der sich als weniger effizient als viele Varianten des Marktkapitalismus erwies.

Eine neue Weltkonfiguration entwickelt sich, ihre erste geopolitische Krise hat sie bereits hinter sich: den Krieg in Kuwait und im Irak. Weiterhin unge löst bleibt aber die letzte grosse ökonomische Krise des 20. Jahrhunderts, die anfangs der siebziger Jahre begonnen hat. Der Golfkrieg war zwar der Auslöser einer neuen Rezession, diese ist aber zur Hauptsache eine Folge von Fehlern der achtziger Jahre. Doch gerade in diesem Jahrzehnt erlebten die marktkapitalistischen Länder gewaltige Veränderungen. Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers bedeutet nicht den Sieg des früheren Leaders der westlichen Welt, sondern einen Schritt Richtung Etablierung der japanischen Hegemonie im pazifischen Raum und der deutschen Vorherrschaft im Bereich des Atlantiks und Europas.

Die marxistischen TheoretikerInnen waren auf diese Veränderungen nicht vorbereitet. Zu oft haben sie ihr Objekt, die kapitalistischen Ökonomien, betrachtet, als wäre es von ewigen Gesetzen und Verhaltensregeln bestimmt. Der Kapitalismus hätte, argumentierten sie, als wohldefinierte Produktionsweise mit unveränderlichen sozialen Verhältnissen, aber gewissen Schwankungen (z.B. im Grad der Konzentration des Eigentums), vom Sozialismus nur durch eine allgemeine Revolution abgelöst werden können.

Die Geschichte des Kapitalismus ist sehr viel komplexer. Die sozialen ökonomischen Verhältnisse im Kapitalismus waren von 1848 bis zur

Gegenwart grösseren Veränderungen unterworfen als jeder Sozialist und jede Sozialistin damals je für möglich gehalten hätte. Während bei nahe einhalb Jahrhunderten waren grosse soziale Spannungen und ökonomische Probleme dauernd Auslöser von Krisen, politischen Kämpfen und manchmal Revolutionen. Doch während ziemlich langen Perioden funktionierte der Kapitalismus. Die Existenz eines umfassenden Rahmens und einer allgemeinen Spielregel muss deshalb mehr oder weniger widerwillig anerkannt werden. Seit 1848 gab es drei grosse Krisen: die erste gegen Ende des 19. Jahrhunderts, die zweite in den dreissiger Jahren, die dritte schliesslich am Ende der sechziger Jahre.¹ Zwischen diesen grossen Krisen jedoch akzeptierten verschiedene soziale Klassen einen zeitgebundenen Kompromiss. Diese Kompromisse umfassten die Akzeptanz eines Entwicklungsmodells als ökonomische Grundlage des Bestmöglichen, das die Menschheit von ihrer ökonomischen Tüchtigkeit erwarten konnte. Ein breites Spektrum politischer Strömungen, von rechts bis links, kämpfte für marginale Verbesserungen des bestehenden Kompromisses, das Modell selbst wurde aber nicht in Frage gestellt.

Wie in den dreissiger und vierziger Jahren (als die AnhängerInnen der Sozialdemokratie und Roosevelts den Stalinismus, den Faschismus und den konservativen Liberalismus in Frage stellten) befinden wir uns jetzt in einer dieser Perioden des Konflikts, in welchem es nicht um die Art der Weiterführung einer (bereits gegebenen) ökonomischen Konstruktion, sondern um den Inhalt eines neuen Kompromisses geht. Die Krise ist nicht nur eine ökonomische Krise, sondern auch eine grössere Kompromiss-Krise, oder, in den Worten des italienischen marxistischen Soziologen Gramsci, eine »Krise der Hegemonie«, eine Krise des Konsenses also. Tatsächlich beinhaltet Hegemonie als Form von Führerschaft (*leadership*) die Wahrnehmung des Gesamtinteresses und deshalb auch einiger Interessen derjenigen, die von der hegemonialen Gruppe dominiert werden, diese aber stützen.

In diesem Beitrag werde ich zuerst das hegemoniale Muster des Nachkriegsbooms in den marktkapitalistischen Gesellschaften umreissen und erklären. Bei der Auflistung der Grundelemente dieses Musters werde ich mich auf die Methodologie beziehen, die international als französischer Regulationsansatz bekannt ist. Dann werde ich erklären, was ab Ende der sechziger Jahre falsch lief. Schliesslich werde ich einige Grundzüge für einen neuen Kompromiss in der Periode nach der Krise vorschlagen: einen Kompromiss für das 21. Jahrhundert oder sogar schon für die neunziger Jahre.

Mein Vorschlag wird jedoch nicht mehr als eine Option sein, eine Option, die zur Zeit mehr oder weniger von den europäischen Grü-

nen, alternativen Ökologie- und Selbstverwaltungsbewegungen und einigen Strömungen in den radikalen amerikanischen Basisbewegungen vertreten wird. Sie soll nicht als Schlussfolgerung aus den drohenden Notwendigkeiten der Ökonomie verstanden werden, denn, wie Marx schon herausgestrichen hat, »macht die Menschheit ihre eigene Geschichte«.

Der »fordistische« Kompromiss

Um die gegenwärtige weltweite Krise zu verstehen, ist es notwendig, die Entwicklungslogik der Nachkriegsperiode zu begreifen. Der wirtschaftliche Boom war sowohl Ausdruck der Hegemonie eines besonderen »Entwicklungsmusters« innerhalb der fortgeschrittenen kapitalistischen Kernländer als auch der Stabilität einer »Weltkonfiguration«, die sie miteinander verband.

Auf der nationalen Ebene kann und muss ein Entwicklungsmuster von drei verschiedenen Gesichtspunkten aus analysiert werden:²

- als Industrialisierungsmodell (oder -paradigma): die allgemeinen (und nicht auf die Industrie beschränkten) Prinzipien, welche während der Vorherrschaft dieses Modells die Evolution der Arbeitsorganisation regeln,
- als Akkumulationsregime: das makroökonomische Prinzip, das über eine längere Periode für die Vereinbarkeit der Veränderungen von Produktionsbedingungen und der Verwendung des gesellschaftlichen Outputs (Konsumtion privater Haushalte, Investitionen, öffentliche Ausgaben, internationaler Handel usw.) sorgt, und
- als Regulationsweise: die Kombination von Formen der Erwartungsanpassung und von widersprüchlichem Verhalten individueller Akteure gegenüber den kollektiven Prinzipien des Akkumulationsregimes. Diese Formen der Anpassung können sowohl kulturelle Gewohnheiten als auch institutionelle Elemente, wie Gesetze, Abkommen etc., umfassen.³

Das Akkumulationsregime ist somit das makroökonomische Ergebnis der Wirkung der Regulationsweise auf der Basis eines Industrialisierungsmodells. Anzumerken ist, dass diese Begriffe Ähnlichkeiten zu den klassischen marxistischen Konzepten wie dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der Reproduktion und dem Überbau aufweisen. Tatsächlich sind sie von der Dekonstruktion dieser alten Konzepte durch Gramsci abgeleitet. Unter Verwendung eines Begriffs, der von Gramsci, aber auch von Henri de Man (einem belgischen Theoretiker, der vom Sozialismus zum Faschismus überwechselte) eingeführt wur-

de, bezeichnen einige französische und italienische Ökonomen das hegemoniale Nachkriegsmuster der Entwicklung als »Fordismus«.

Das fordistische Industrieparadigma schloss die tayloristischen Prinzipien der Rationalisierung sowie die kontinuierliche Mechanisierung mit ein. Die tayloristische Rationalisierung basiert auf der Trennung der intellektuellen und manuellen Aspekte der Arbeit. Diese Trennung bedeutete jedoch nicht, dass die ArbeiterInnen intellektuell nicht einbezogen worden wären, sondern dass dieser Einbezug informell bleiben musste, während das gesellschaftliche Wissen von oben her systematisiert und von Konstrukteuren den Maschinen einverleibt wurde. Als Taylor und tayloristische Ingenieure zu Beginn des 20. Jahrhunderts diese Prinzipien einführten, war das Ziel explizit die Kontrolle der direkten Arbeit durch das Management. In den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts leisteten FacharbeiterInnen Widerstand gegen diese Entwicklungen und bewegten sich (KommunistInnen eingeschlossen) in Richtung eines neuen Kompromisses: Akzeptanz tayloristischer Formen der Kontrolle gegen Beteiligung an den Produktivitätsgewinnen.

Die grosse Mehrheit der Arbeitgeber weigerte sich zunächst, die Begleitschaft an den Produktivitätsgewinnen zu beteiligen, es gab aber auch Ausnahmen wie Henry Ford. Befürwortet wurde eine solche Beteiligung auch von einigen Ökonomen wie John Maynard Keynes. Ford und Keynes blieben aber Rufer in der Wüste, bis ihre Prophezeiung durch die grosse Depression der dreissiger Jahre bestätigt wurde. Der konservative Liberalismus von Hoover, Lloyd George und Laval konnte mit diesem Problem nicht umgehen. Es standen drei konkurrierende Alternativen zur Auswahl: eine faschistische Organisation der gesellschaftlichen Nachfrage, eine Revolution stalinistischen Typs, die zu einer staatskapitalistischen Variante führte, und ein neuer sozialdemokratischer Kompromiss zwischen Firmenleitung und ArbeiterInnen. Glücklicherweise vereitelten im Zweiten Weltkrieg die sozialdemokratischen und stalinistischen Kräfte die erste, faschistische Lösung. Und innerhalb von zehn Jahren zeichnete sich im Wettstreit zwischen dem stalinistischen und dem fordistischen Kompromiss in der Zweiten und Ersten Welt eine Wendung zugunsten des letzteren ab. In dieser Phase bildete sich aus dem fordistischen Kompromiss ein neues Akkumulationsregime heraus, das von einer neuen Regulationsweise garantiert wurde.

Das fordistische Akkumulationsregime war charakterisiert durch:

- Massenproduktion mit einer Polarisierung von Fähigkeiten, hohem Produktivitätswachstum und zunehmendem Verhältnis von Kapital zu Output (in der Menge, nicht aber im Wert), und

- Steigerungen der Wertschöpfung, die anteilmässig verteilt wurden, so dass einerseits das Realeinkommen der Lohnabhängigen parallel mit der Produktivität wuchs und
- dass andererseits die Profitrate bei voll ausgelasteten Produktionskapazitäten und Vollbeschäftigung relativ stabil blieb.

Mit anderen Worten: Der fordristische Kompromiss brachte die Übereinstimmung von Massenproduktion und Massenkonsum mit sich. Es war ein produktionsbezogenes und zugleich hedonistisches Modell, das weltweit als »American Way of Life« übernommen wurde, der nur von einigen radikalen Intellektuellen wie Herbert Marcuse in Frage gestellt, sonst aber von den politischen Kräften, von der Christdemokratie bis hin zu den kommunistischen Parteien des Westens, als erstrebenswert angesehen und von den Konservativen sogar gegen die anfänglichen Vorurteile der Arbeitgeber unterstützt wurde.

Was jedoch konnte schliesslich die einzelnen Arbeitgeber dazu veranlassen, den Kompromiss zu akzeptieren, der mittelfristig in ihrem Interesse lag? Dies war Aufgabe der Regulationsweise.

In Art und Ausmass je nach Land verschieden, umfasste die Regulationsweise:

- eine Sozialgesetzgebung, die für steigende Minimallohne sorgte, so wie einen starken kollektiven Aushandlungsmechanismus, der von allen Arbeitgebern die Garantie jährlicher Reallohnaufbesserungen im Gleichschritt mit den landesweiten Produktivitätssteigerungen verlangte,
- einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat, der fast der gesamten Bevölkerung Konsummöglichkeiten garantierte, auch bei zeitweisem oder dauerndem Ausbleiben von Arbeitseinkünften wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pensionierung und so weiter, und
- eine Versorgung mit Bankkrediten, die von den Zentralbanken den wirtschaftlichen Erfordernissen (und nicht den Goldreserven) entsprechend reguliert wurde.

Alle diese Institutionen sorgten für strukturell neue Spielregeln. Diese Regeln gaben dem Staat die aktive Verantwortung für die Feinabstimmung der wirtschaftlichen Expansion. Durch seine direkten Ausgaben, seine Steuern und Defizite und seine Macht, Minimallohne und Sozialleistungen regulieren zu können, war er in der Lage, das Niveau der gesellschaftlichen Nachfrage zu beeinflussen. Durch seine Kompetenz, die Gewährung von Krediten zu steuern, konnte er die Ausgaben von Firmen und Privathaushalten anheben oder senken. Diese Mittel und ihre Verwendung wurden unter dem Begriff »keynesianische Politik« zusammengefasst.

Es soll jedoch betont werden, dass die neue Regulationsweise nicht unbedingt Staatseigentum des produktiven Sektors bedeutete. Staatliches Eigentum war zwar in Frankreich und Italien verbreitet, nicht aber in Schweden. Regelwerk und Abkommen wurden nicht bewusst entworfen, etwa im Sinn von: »Für das Funktionieren des fordristischen Modells brauchen wir solche Übereinkünfte«, obwohl damalige Intellektuelle, wie Keynes und Beveridge, möglicherweise so argumentiert haben. Vielmehr war die Regulationsweise Produkt politischer Kämpfe, die im Kontext des Wettbewerbs mit den »unakzeptablen« sowjetischen und faschistischen Modellen ausgetragen wurden. Deshalb unterscheiden sich die Errungenschaften der verschiedenen Institutionen der Regulationsweise von Land zu Land.

Auf der internationalen Ebene erreichte die Weltwirtschaft nie einen so hohen Grad an makroökonomischer Organisation. Hegemonial war das fordristische Modell nur in den OECD-Ländern. Die meisten Drittweltländer waren vom Handel mit Industriegütern ausgeschlossen, und das von den USA ausgegebene Kreditgeld war de facto die Weltwährung. Zwischen den hauptsächlich auf sich selbst ausgerichteten Industrieländern herrschte ein Halb-Freihandel. Die Handelsbilanzen wurden durch Paritätsveränderungen, konjunkturpolitische Massnahmen und andere Kontrollen der internen Märkte fein abgestimmt.

Diese internationale Ordnung war nur möglich, weil die produktive Überlegenheit der USA derart gross war, dass ihre Investitionsgüter ebenso notwendig wie konkurrenzfähig waren. Dies veranlasste andere Länder, den Dollar als allgemeines internationales Äquivalent zu akzeptieren. Zu dieser Zeit war die US-Handelsbilanz strukturell positiv, die Kapitalbilanz strukturell negativ. Die USA stellten also Europa und Japan die technischen und finanziellen Mittel zur Verfügung, die ihnen aufzuholen halfen.

Es mag von Nutzen sein, die Ähnlichkeit zwischen dem fordristischen Kompromiss innerhalb der USA und ihrer internationalen Haltung hervorzuheben, die aus einer hegemonialen Führungsposition heraus im Kontext des Wettbewerbs mit der UdSSR entstand. Nach 1947 widerstand die US-Administration der Versuchung, eventuelle Konkurrenz durch das Vorantreiben eines vollständigen Freihandels zu vernichten. Im Gegenteil, wie Spiro (1977) betonte, »ermutigten die Vereinigten Staaten Europa und Japan zu Handelsprotektionismus und zu diskriminierenden Massnahmen gegenüber dem Dollar. Und sie förderten europäische und japanische Exporte in die USA. ... Mit dem Ziel einer langfristigen Angleichung stärkten die Vereinigten Staaten die europäische und japanische Konkurrenzfähigkeit im Handel. Die Hilfe an Europa und Japan war für den Wiederaufbau von Produk-

tions- und Exportkapazitäten bestimmt. Langfristig wurde erwartet, dass auch die Vereinigten Staaten durch die Öffnung der Märkte für amerikanische Produkte von einer solchen wirtschaftlichen Erholung Europas und Japans profitieren würden.«

Was die Dritte Welt betrifft, war Kennedy's Fortschrittsallianz ähnlich motiviert. Schliesslich aber überwogen meist kurzfristige, neokoloniale Interessen, ausgenommen in Ländern wie Südkorea und Taiwan, die der kommunistischen Konkurrenz ausgesetzt waren und in denen die Vereinigten Staaten Landreform, Importsubstitution und kapitalistische Entwicklung auf nationaler Ebene vorantrieben.

Das Ende des goldenen Zeitalters

Das fordistische Regime begann schwächer zu werden. Die Gründe dafür lassen sich in zwei verschiedenen Gruppen zusammenfassen. Die internen Gründe lagen in der realen Entwicklung des fordistischen Regimes im jeweiligen Land, die internationalen Gründe waren in der Vernetzung der nationalen Ökonomien angesiedelt. Die konkrete Entwicklung der Krise lässt sich nur erklären, wenn diese beiden Faktorengruppen miteinander verbunden werden (Lipietz 1985b, Glyn et. al. 1990). Für den Zweck dieses Beitrags genügt es jedoch, die beiden Gruppen von Gründen für die Krise zu kennen.

Zunächst die internen Gründe: Grundsätzlich erlebten alle fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ab Ende der sechziger Jahre zwei Entwicklungen. Erstens verlangsamte sich das Produktivitätswachstum, während die Reallohne (inklusive Sozialleistungen) weiter stiegen, und zweitens beschleunigte sich das Wachstum des Verhältnisses von Kapital zu Output volumemässig, in der Folge auch wertmässig. Die Kombination dieser Trends führte zu sinkenden Gewinnanteilen an der jährlichen Wertschöpfung und zur Verringerung der Kapitalerträge (Profite) im Verhältnis zum eingesetzten Kapital. Mit anderen Worten: In den sechziger und siebziger Jahren war Marx' tendenzieller Fall der Profitrate festzustellen (Lipietz 1986a).

Die Gründe für diese Entwicklungen lassen sich in einer latenten Schwäche der Arbeitsorganisation finden: in der Krise der informellen Einbindung. Das auslösende Moment dieser Schwäche lag möglicherweise in der Zunahme der Militanz der Arbeiterklasse in der Situation der Vollbeschäftigung am Ende der sechziger Jahre. Ein tieferliegender Grund war, dass die Integration von jungen Leuten, Frauen und ImmigrantInnen aus ländlichen Gebieten und der Dritten Welt in die aktive Bevölkerung die Implementierung tayloristischer Prinzipien zunächst erleichtert hatte. Mit der Zeit aber führte die Zunahme des Bildungsni-

veaus, des sozialen Bewusstseins und des Bedürfnisses nach Selbstverwirklichung und Würde in der Arbeit zu einer wachsenden Revolte gegen die krassen Formen der Trennung zwischen Gestaltenden und Ausführenden, die den ArbeiterInnen keinerlei menschliche Verantwortung zugestand. Diese Trennung liess überdies die Quellen des Produktivitätswachses versiegen (weil nur eine Minderheit der am Produktionsprozess Beteiligten für die Steigerung der kollektiven Effizienz verantwortlich war) und führte zu einer Zunahme des fixen Kapitals pro Arbeitskraft (weil eine Minderheit die Produktivität der Mehrheit nur über eine Erhöhung der Komplexität der Maschinerie steigern konnte).

Die Unternehmen reagierten auf den resultierenden Produktivitätseinbruch zunächst mit einer Reallohnsenkung, was sektorale und allgemeine Unterkonsumtionskrisen auslöste, und dann mit einer Verteilung und Sozialisierung ihrer Verluste mittels einer Hochpreis-Politik, die zu einer in der Natur des Kreditgelds liegenden Kosteninflation führte (Lipietz 1983).

Als Hauptresultat jedoch war der soziale Kompromiss wachsenden Spannungen ausgesetzt. Mit sinkender Profitabilität und deshalb auch sinkender Investitionsrate, mit abnehmender Anzahl neuer Stellen, die pro investierte Kapitaleinheit geschaffen wurden, und mit dem späteren Schrumpfen der Inlandmärkte nahm die Arbeitslosigkeit zu. In den frühen siebziger Jahren führte die wirtschaftliche und soziale Logik des Fordismus dazu, dass die Regierungen insgesamt die Transferzahlungen an eine wachsende Zahl von Arbeitslosen erhöhten. Dadurch liessen sich im Gegensatz zu den Ereignissen in den dreissiger Jahren die sozialen und ökonomischen Risiken einer kumulativen Depression vermeiden. Möglicherweise jedoch wurden diese Transfers als zu schwere Bürde auf dem produktiven Teil der Wirtschaft und als zusätzlicher Grund für die sinkende Profitabilität angesehen. Es folgte eine Fiskalkrise des Wohlfahrtsstaats, die hinter die Legitimität sozialstaatlicher Politik ein Fragezeichen setzte. Zehn Jahre nach der Marcuse'schen Revolte junger Leute gegen die eindimensionale (produzierende-konsumierende) Gesellschaft hatten endogene Tendenzen dazu geführt, dass der fordistische Kompromiss wirtschaftlich nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Ursache der Krise war auf der Angebotsseite eine Krise der Arbeit, die eine Profitabilitätskrise hervorrief.

Nun zu den externen, internationalen Gründen für die Erosion des fordistischen Kompromisses: In den sechziger und noch mehr in den siebziger Jahren führte das Streben nach Produktion in grösseren Massstäben und nach Regionen mit niedrigeren Löhnen zu einer Internationalisierung der Produktionsprozesse, was im Kontrast zum nationalen

Charakter der wirtschaftlichen Regulation stand. Die Konkurrenz der neu industrialisierenden Länder begann, die alten Industrien zu zerstören, schlechtbezahlte ArbeiterInnen ersetzen gutbezahlte, und es ergab sich ein Negativsummenspiel in bezug auf die weltweite effektive Nachfrage. Zur gleichen Zeit hatte das Streben nach ausgeglichenen Zahlungsbilanzen in einem Kontext von zunehmendem Freihandel zur Folge, dass Länder mit Defiziten deflationäre Massnahmen ergreifen, um entweder einen Preis Effekt (Reduktion der Arbeitskosten pro Einheit) oder einen Volumen-Effekt (Reduktion der Inland-Nachfrage) zu erzielen.

Es kann argumentiert werden, dass die Krise auf der globalen Ebene wegen diesem Negativsummenspiel eine marx'sche Unterkonsumtionskrise ist (oder, in der keynesianischen Terminologie, ein Resultat mangelnder effektiver Nachfrage). Von einem internen Standpunkt aus und bezogen auf das Akkumulationsregime ist der keynesianische Charakter der Krise (die Unterkonsumtion) jedoch nur ein Nebenprodukt einer grundlegenden klassischen Krise (einer sinkenden Profitabilität).⁴

Selbstverständlich wechselten Staaten, Unternehmen und Gewerkschaften während der Krise mehrmals die Strategie in ihren Reaktionen, was zu einer Abfolge von verschiedenen Weltkonfigurationen führte (Lipietz 1985a, 1989b). In den siebziger Jahren dominierten in den OECD-Ländern keynesianische, auf die Nachfrage ausgerichtete Strategien. Durch Steigerungen der Wohlfahrtsausgaben und Kreditleichterungen, aber auch durch das riskante Eurodollar-Recycling in die neu industrialisierenden Länder wurden Wachstumsanreize geschaffen. Internationale Kredite ermöglichten in verschiedenen Drittweltländern eine Beschleunigung des industriellen Wachstums. In den späten siebziger Jahren jedoch führte die Unfähigkeit keynesianischer Strategien, in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern wieder ein nichtinflationäres Wachstum zu etablieren, zu monetaristischen Strategien. Die Inflation der siebziger Jahre veranlasste die Schlüsselstaaten dazu, Kredite restriktiver zu vergeben und die Zinsen anzuheben. Dieser monetaristische Schock verteuerte Unternehmensinvestitionen und löste in den neu industrialisierenden Ländern eine Schuldenkrise aus, eine zusätzliche, aber unnötige keynesianische (nachfrageseitige) Komponente zur ungelösten klassischen Profitabilitätskrise. Nach 1982 führte eine Lockerung der Politik der US-Federal Reserve und des US-Finanzministeriums in den USA zu einer mittels Defiziten ausgelösten keynesianischen Expansionswelle. Alle anderen Länder, auch die neu industrialisierenden, profitierten von dieser Steigerung der Weltgesamtnachfrage.

Die Länder jedoch unterschieden sich in ihren Formen der Anpassung an den weltweiten Wettbewerb und an die Angebotsseite der Krise. Tatsächlich wurden schon in den siebziger Jahren einige direkte Versuche unternommen, die inneren Wurzeln der Krise anzugehen (zu kapitalintensive Technologien, inadäquate Produktivitätsgewinne und zu hohe Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat). Die neue technologische Revolution hätte Lösungen bringen sollen. Doch die Entdeckung von neuen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen ist, wie ich noch zeigen werde, nicht nur eine Frage der Technologie.

Auswege aus der Krise

Genau wie in den dreissiger Jahren ist die Frage nach Auswegen aus der Krise eine politische Frage. »Die Lösung«, diktiert von einer Kenntnis gegenwärtiger wirtschaftlicher Gesetzmässigkeiten, existiert nicht. Aber die Krise ist auch kein unvermeidliches Unglück. Es gibt einige Erfolgsgeschichten von Ländern, die Wachstum und Beschäftigung auch in den siebziger und achtziger Jahren aufrechterhalten konnten: Japan, Korea, Österreich, Schweden etc. Ihre Strategien waren unterschiedlich. Ob diese Strategien in anderen Ländern und auf längere Frist angewendet werden können (Universalität), ist fraglich. Und wie in den frühen dreissiger Jahren müssen die konkurrierenden Hauptlösungsvorschläge (damals: Faschismus, Sowjetkommunismus und konservativer Liberalismus) den nächsten Gewinner nicht miteinschliessen (welcher sich später als fordistisch-sozialdemokratischer Kompromiss herausstellte).

Überdies muss gesagt werden, dass der Sozialismus, wenn darunter ein fertiges Modell einer neuen Produktionsweise verstanden wird, auch keine konkurrenzfähige Alternative darstellt. All die sozialistischen Modelle, die seit der sowjetischen Revolution von 1917 gestartet und erprobt wurden, sind jetzt sowohl von einem demokratischen als auch ökonomischen Gesichtspunkt aus klar geschlagen. Der Sozialismus scheint die grosse Tragödie des 20. Jahrhunderts zu sein, in welcher Nordkorea und Kuba als einige der letzten Geister eines Traums erscheinen, der sich bereits in Schrecken und Bestürzung aufgelöst hat. Was nach der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der ganzen Welt weiterhin existieren wird, sind Marktbeziehungen zwischen verschiedenen produktiven Einheiten sowie Lohnverhältnisse zwischen Unternehmensleitungen und Arbeitskräften. Der Kapitalismus wird also bestehen bleiben. Die Frage ist nur, was für ein Kapitalismus es sein wird. Wie gut wird er für die Menschen sein, und was wird er in bezug auf einen weiteren gesell-

schafflichen Fortschritt bringen? Es gibt weder ein vorbestimmtes Ergebnis, noch wird irgendein Entwicklungsgesetz der Produktivkräfte eine Antwort liefern.

An diesem Punkt haben marxistische, ökologisch orientierte und feministische ÖkonomenInnen etwas beizutragen. Sie könnten die Schwierigkeiten des »alten« Kompromisses erklären, die Probleme, Widersprüche und Inkonsistenzen in den Projekten verschiedener politischer Kräfte identifizieren und Lösungen vorschlagen, die ihren Wertvorstellungen entsprechen. Jedoch können nur politische Kräfte mit Unterstützung sozialer Bewegungen die Verantwortung für ein Überkommen in bezug auf ein neues Entwicklungsmodell übernehmen.

Mit all diesen Vorhalten werde ich zunächst einen flüchtigen Blick auf das erste Modell werfen, das in der Konkurrenz um »den Ausweg aus der Krise« angeboten wurde: den Liberalproduktivismus. Dieses von den USA und Grossbritannien repräsentierte Modell schien Mitte der achtziger Jahre vorzuherrschen. Aber am Ende dieses Jahrzehnts traten Japan und Deutschland mit einem besseren kapitalistischen Modell an. Ich werde deshalb die japanische Debatte ausserhalb Japans diskutieren. Aufgrund dieser Diskussion werde ich alternative Lösungen präsentieren und schliesslich einige Überlegungen zu internationalen Fragen anstellen.

Liberalproduktivismus

Mit Liberalproduktivismus bezeichne ich die Ideologie, die von der Reagan- und der Thatcher-Administration zum Ausdruck gebracht und Mitte der achtziger Jahre von den meisten westeuropäischen Regierungen und den wichtigsten internationalen Wirtschaftsinstitutionen (vom IWF und der OECD, nicht aber von der UNCTAD) mehr oder weniger übernommen wurde. Die grosse Kraft dieser Ideologie liegt (ungeachtet des Desasters der real existierenden Sozialismen) im Zusammenbruch des sozialdemokratischen Kompromisses. In dieser Situation war die Versuchung gross, zu argumentieren, eine simple Restauration des Liberalismus sei »die« Lösung.

Es sei eine technologische Revolution im Gang, wurde argumentiert, doch die vom Staat auferlegten Beschränkungen (soziale Sicherheit, Sozial- und Umweltschutz etc.) würden deren Entwicklung blockieren. Würden diese Beschränkungen über Bord geworfen, dann würden die Gesetze des freien Wettbewerbs automatisch zur Entfaltung eines mit den neuen Technologien konsistenten Entwicklungsmodells führen. Wie im 19. Jahrhundert vertraute diese Ideologie auf den beständigen technischen Fortschritt, der nur durch ungenügende

soziale Verhältnisse behindert werde. Zum Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts bestanden jedoch auch einige Unterschiede: Letzterer war utilitaristisch und hedonistisch. Das Ziel technischen Fortschritts und freier Unternehmen war die Bereicherung der wirtschaftlichen AkteurInnen. Selbstverständlich ist diese Möglichkeit auch im neuen Liberalismus noch offen. Aber immer häufiger werden technischer Wandel und Deregulierung als Voraussetzungen für das Überleben im internationalen Konkurrenzkampf präsentiert: »Modernisieren oder untergehen«, »Tiefere Löhne oder untergehen« und »Flexibel sein oder untergehen« lauten die Schlüsselermahnungen dieses neuen Diskurses.

Dieses Modell war weder inkonsistent noch irrational. Im Gegenteil, es schlug eine modernisierte Version des Stabilitätstypus vor, der für den Feudalismus charakteristisch war: Lehensherren »beschützen« die Armen gegen andere »Lehensherren« und »gaben« ihnen Arbeit, indem sie ihre Dienste in Anspruch nahmen. Genau wie im Fall des Feudalismus unterminierte jedoch eine beständige Unruhe die Makro Stabilität, und die Mikro-Instabilität konnte in eine grosse Krise ausmünden.

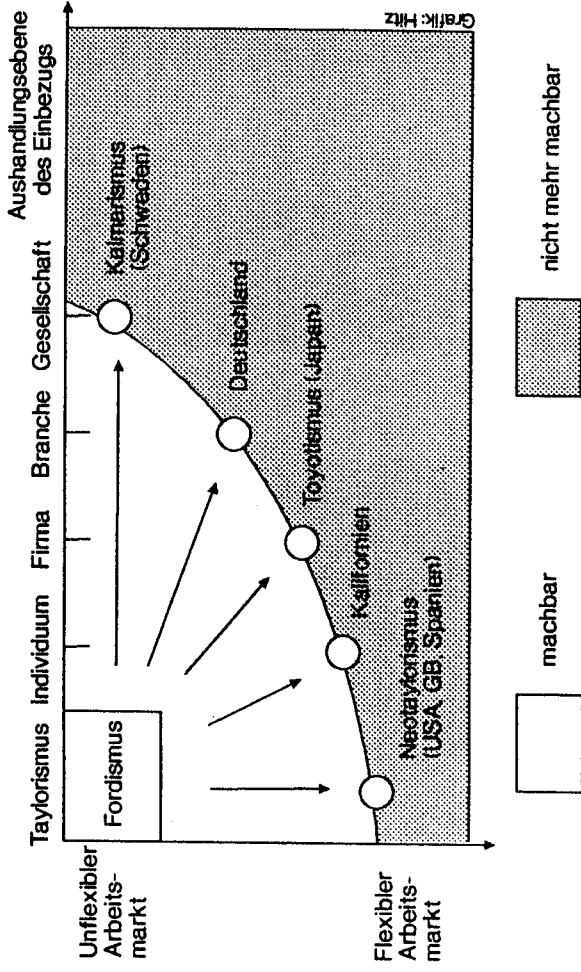
Das liberalproduktivistische Modell hatte mit vier Problemen zu kämpfen. Zuallererst führt es zu einer Polarisierung der Gesellschaft: Brasilianisierung scheint die Zukunft dieses Modells zu sein (Lipietz 1985a). In einer konkurrenzziellen Gesellschaftsordnung werden die oberen Schichten allfällige Vorteile der technologischen Revolution für sich ausnützen. In der Mitte wird eine Gruppe von Fach- und HalbcharbeiterInnen von regulären Beschäftigungsverhältnissen profitieren können, aber diese Gruppe hat – im Gegensatz zum fordistischen Kompromiss – keine Aussicht mehr auf regelmässige Realloohnerhöhungen. Unten wird eine Masse von Arbeitssuchenden zwischen schlecht bezahlter Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ohne Unterstützung des Wohlfahrtsstaats hin- und herreiben. Die politische Konsequenz ist offensichtlich: Ein Problem des 19. Jahrhunderts, jenes der »gefährlichen Klassen«, wird erneut auftreten und einerseits die Möglichkeit kollektiver Aktionen von erheblicher Sprengkraft (was meiner Ansicht nach das beste Resultat wäre), andererseits die Möglichkeit einer Verallgemeinerung individueller Delinquenz und sozialer Krankheiten, wie die Drogensucht, mit sich bringen.

Das zweite Problem besteht darin, dass diese Lösung die Krise der tayloristischen Verhältnisse in der Industrie nicht beheben kann. Im Gegenteil besteht sogar das Risiko einer Verbreiterung des Grabens zwischen Beschäftigten und ihren Firmen. Dass manuelle ArbeiterInnen nicht in den Kampf um Qualität und Produktivität einbezogen werden, bleibt deshalb weiterhin ein Problem. Selbstverständlich wäre

es Aufgabe der Technologie, dieses Problem zu lösen. Aber Technologie ist nichts anderes als die Einverleibung menschlicher Fähigkeiten in die Maschinerie. Wenn die an den Maschinen Arbeitenden nicht in den technischen Wandel miteinbezogen werden, verlangt die Einführung hochentwickelter Technologien ein grosses Mass an Konstruktions- und Unterhaltsarbeit. Als Resultat vergrössert sich das Verhältnis von Kapital zu Arbeit weiter, während sich bei der direkten Arbeitsproduktivität keine deutliche Erholung abzeichnet.

Eine Alternative bietet offenbar die Wahl von technischen Systemen, die weniger hoch entwickelt sind, es dafür aber erlauben, die Interaktion Maschine - ArbeiterIn in den Produktionsprozess einzubeziehen. Diese »verantwortliche Autonomie«, diese Einbeziehung der Beschäftigten, kann im Gegensatz zur tayloristischen, »direkten Kontrolle« (Friedman 1977) nicht informell bleiben. Ziel ist es, die Arbeitsteams nicht nur dazu zu veranlassen, sich in die permanenten Abstimmungs- und Unterhaltsarbeiten an Anlagen und Ausrüstung bereitwillig einzubringen, sondern dies in einer Art und Weise zu tun, dass die erzielten Verbesserungen systematisch in Hard- und Software eingebaut werden können. Know-how, das im alltäglichen Produktionsprozess durch Learning-by-doing erworben wird, sollte durch das Konstruktions- und Ingenieurpersonal und entsprechende Methoden formalisierbar und assimilierbar sein. Kurz, das Problem ist, dasjenige, was der Taylorismus voneinander trennte, wieder miteinander zu verbinden: die manuellen und intellektuellen Aspekte der Arbeit.

Heute scheint dieses zweite Modell industrieller Verhältnisse rationaler als das erste zu sein (Aoki 1990). Tatsächlich können die Ereignisse der achtziger Jahre jetzt als Wirtschaftskrieg um zwei Lösungen für die Angebotsseite der fordristischen Krise interpretiert werden (vgl. Abbildung). Auf der einen Seite versuchten flexibel-liberal produktivistische Länder wie die USA, Grossbritannien, Frankreich, Spanien und Brasilien, die rigiden Aspekte der industriellen Verhältnisse des Fordismus zu lockern. Auf der anderen Seite brachten Modelle, die auf den Miteinbezug der Beschäftigten ausgerichtet sind und sich in Japan, Skandinavien, Deutschland und zum Teil in Südkorea finden lassen, Versuche zur Lockerung der direkten, tayloristischen Kontrolle der Arbeitskraft mit sich. Die grosse Neuigkeit ist, dass die zweite Gruppe daran ist, diesen Krieg zu gewinnen! Ich werde später auf die entscheidenden Unterschiede, die innerhalb der zweiten Gruppe vorhanden sind, zurückkommen. Tatsache ist jedoch, dass tayloristische Direktkontrolle plus Flexibilität bei den Arbeitsverträgen (Neotaylorismus) sogar vom kapitalistischen Standpunkt aus keine besonders gute Lösung war.



Vom Fordismus zu...? Alternative Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse.

Das dritte Problem des liberalproduktivistischen Modells war ein makroökonomisches: die Rückkehr von Geschäftszyklen (*business cycles*). Da kollektive Zukunftsaussichten nicht mehr explizit zum Ausdruck kommen, ergeben sich die einzigen Richtlinien für individuelle Erwartungen aus der Auswertung der Erwartungen anderer. Wenn es so aussieht, dass der animalische Instinkt anderer Gewinnsuchender auf Investition eingestellt ist, werden Investitionen getätigt, was zu Wachstum führt, das wiederum diese Investitionen rechtfertigt, bis der Punkt erreicht wird, an dem einige Industrielle, Händler und Bankiers eine ungenügende effektive Nachfrage nach Produkten aus den vorgängigen Investitionen feststellen. Die Konsequenzen sind Panik und Zusammenbrüche. Die klassische Lösung dieses alten Problems sind Staatsausgaben. Wird aber die Wohlfahrt ausgeklammert, fliessen klassische Staatsausgaben in den militärischen Apparat. Militarismus wird deshalb wieder zu einem wichtigen Instrument makroökonomischer Politik, wie im Fall des Booms nach 1983 in den USA. Am Ende der achtziger Jahre jedoch erreichte diese makroökonomische Politik ihre Grenzen am wachsenden US-Defizit (dessen Wurzeln im weniger konkurrenzfähigen industriellen Paradigma lagen).

Der Freihandelsgedanke des Liberalproduktivismus ist in sich eine Quelle internationaler Instabilität, und das ist das vierte Problem. (Wie bereits erwähnt, war der 1945 von der US-Administration ange-

strebte Ultrafreihandelspfad nicht die Grundlage der Goldenen Jahre.) Mit der Intensivierung des weltweiten Wettbewerbs ergaben sich Schwierigkeiten, weil ein ausreichendes internationales Regelwerk, das den neuen Bedingungen des ökonomischen Spiels, des Weltmarkts, entsprochen hätte, nicht vorhanden war. Die Antwort des Liberalismus auf diese neuen Schwierigkeiten lautet, dass die Regel- und Organisationsdichte noch weiter reduziert werden müsse. Es wird angenommen, dass der Freihandel zu einer gegenseitigen Anpassung der nationalen Ökonomien an den multilateralen Handel und die Kapitalflussbilanzen führt. In Wirklichkeit (und unabhängig von den OPEC-Überschüssen in den siebziger Jahren) entstehen strukturelle Ungleichgewichte. Unter Freihandelsbedingungen bleiben einem Land mit Defiziten als einzige Lösung interne Deflationsmassnahmen. Wenn alle Defizitländer eine Deflation anstreben, kontrahieren sich selbstverständlich die Aussenhandelsmärkte der Überschussländer im selben Mass, und eine Kontraktion des Markts wiederum hat einen deflationären Effekt auf die Länder mit Überschüssen. Das Gesamtergebnis dieser gegenseitigen Übervorteilung ist Stagnation. Ein besonders gutes Beispiel ist die Europäische Gemeinschaft: Die EG als Freihandelszone ohne Koordinationspolitik hat nicht unter Eurosklерose, sondern unter EG-Sklерose gelitten (Leborgne/Lipietz 1990a).

Sehr viel ernster jedoch ist die Situation im Fall der Drittweltländer, wo Handelsprobleme mit Verschuldungsproblemen verknüpft und die Konsequenzen für die Wohlfahrt, ja sogar für das Überleben grosser Bevölkerungsteile dramatisch sind. Die »Wunder« der neu industrialisierenden Länder in den siebziger Jahren wurden durch eine besondere Weltkonfiguration ermöglicht: Immer noch Wachstumsaussichten in den Industrieländern (dank keynesianischen Massnahmen) und eine substantielle Kaufkraft in den OPEC-Ländern, während eine lasche US-Geldpolitik private transnationale Banken ermutigte, den neu industrialisierenden Ländern günstige Kredite zu gewähren. Als die US-Rekehrte, sasssen die neu industrialisierenden Länder in der Falle: Ihre Exportaussichten verschlechterten sich, und die Zinsen auf ihren Darlehen stiegen. Einmal mehr bestand die einzige (aber mit schrecklichen sozialen Konsequenzen verbundene) Lösung in einer Inlandrezession. Heute sind nur noch Korea und Taiwan fähig, ihre Schulden zu bezahlen und gleichzeitig eine Steigerung der Kaufkraft ihrer Arbeiterklassen zuzulassen.

Sogar das führende Land (sowohl an Macht als auch als Vorreiter des Liberalismus), die USA, bekam die Unzulänglichkeiten des Laissez-faire zu spüren. Als die US-Administration in der Mitte der achtziger Jah-

re mit einem enormen Handelsdefizit konfrontiert war, realisierte sie, dass eine abrupte Anpassung (Deflation plus starke Abwertung) im Inland aus politischen und auf der internationalen Ebene aus wirtschaftlichen Gründen sich allzu zerstörerisch auswirken würde. Nach Jahren des Egoismus und Liberalismus entdeckte die US-Administration wieder die Vorzüge der Multilateralität und einer aktiven staatlichen Politik und schlug ihren Partnerländern ein Projekt internationaler Zusammenarbeit vor, das auf eine weltweite Erholung durch eine keynesianistische Wachstumsbeschleunigung in den Überschussländern Japan und Deutschland ausgerichtet war. Dieser Plan unterschied sich nur wenig von einem Vorschlag von Stephen Marris (1987), dem früheren OECD-Wirtschaftsberater (in der keynesianischen Periode). Zur gleichen Zeit wurden in den Vereinigten Staaten protektionistische Vorschläge gemacht (und zum Teil auch umgesetzt). Die neue Multilateralität der US-Administration stand zu ihren erklärten Prinzipien des Liberalismus genauso im Gegensatz wie der Protektionismus zum Freihandel. Ein expliziter zwischenstaatlicher Kompromiss erscheint jedoch als die einzige Alternative zum Krieg aller gegen alle, der im Grunde genommen das Kernstück des Liberalproduktivismus ist.

Dieser ökonomische Krieg führt schliesslich zur dramatischsten ökologischen Krise, mit der die Menschheit je konfrontiert war. Ich werde in diesem Beitrag keine Überlegungen zur ökologischen Krise anstellen. (Vgl. Report der World Commission on Environment and Development: *Our common future*, 1987.) Es genügt zu erwähnen, dass im Verlauf von einem Jahrhundert Kapitalismus der weltweite industrielle Ausstoss sich um den Faktor fünfzig vervielfacht hat. Vier Fünftel dieses Wachstums fand nach dem Zweiten Weltkrieg in der Periode des Fordismus statt. Wie der Fordismus fördert der Liberalproduktivismus eine unsinnige Nutzung der natürlichen Umwelt, zumal die ökologischen Schulden, die von vergangenen und gegenwärtigen an zukünftige Generationen weitergereicht werden (Zerstörung der Ozonschicht, Treibhauseffekt etc.), in den nächsten vierzig Jahren getilgt werden müssen.

Die »japanische Debatte« – eine Aussenansicht

Innerhalb der Gruppe der kapitalistischen Länder, die für die angebotseitige Krise des Fordismus die »andere« Lösung gewählt und versucht haben, ein neues industrielles Paradigma zu entwickeln, das ihre ArbeiterInnen in den Kampf um Produktivität und Qualität miteinbezieht, ist Japan mit seiner Reorganisation des Managements auf Betriebsbene mittels Kanban-Methoden⁵ usw. wohl das bekannteste Beispiel.

Deutschland fordert die US-Hegemonie ebenfalls heraus, während Skandinavien und die Alpenländer (Österreich, die Schweiz und Norditalien) zeigen, wie kleinere Länder im weltweiten Wettbewerb gut mithalten können. Ich werde zunächst die Unterschiede zwischen diesen neuen Experimenten herauschälen und dann später auf die politische und akademische Debatte über Japan zurückkommen.

Wenn das Management versucht, wieder miteinander zu verbinden, was der Taylorismus voneinander getrennt hat, liegt die Krux in der Stärkung der innerbetrieblichen Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen. Wie kann nun das Management zu einem neuen Kompromiss kommen und seine Beziehungen zum neu miteinbezogenen und polyvalenten Kollektivproduzenten regulieren? Es ist offensichtlich, dass kein Kompromiss möglich ist, wenn das Management gemäss der liberalen Ideologie auf gänzlich flexiblen Arbeitsverträgen beharrt. Miteinbezogene Beschäftigte müssen fühlen, dass ihre Interessen mit den Firmeninteressen verknüpft sind! Für das Aushandeln des Kompromisses gibt es allerdings verschiedene Formen. Das nicht marktmissige Abkommen (über Beschäftigung, Karriereschritte usw.) zwischen Management und Fach- bzw. HalbfacharbeiterInnen auf Firmenebene ist eine in Japan verbreitete Form. In diesem Fall besteht ein Kompromiss zwischen dem Kapital und einem Teil der Lohnabhängigen, gleichzeitig aber nimmt die Konkurrenz innerhalb des privilegierten Segments der Beschäftigten (der Arbeiteraristokratie) zu und der Rest (die Frauen, ethnische Minderheiten etc.) wird überausbeutet. Eine andere Lösung sind Tarifverhandlungen auf Branchenebene wie in Deutschland. Die in diesem Fall von den Beschäftigten ausgehandelten Vorteile übersteigen sicherlich die Resultate von Verhandlungen auf Firmenebene, aber einige Branchen (besonders im Dienstleistungssektor) und einige Gruppen (Frauen, ImmigrantInnen etc.) kommen zu kurz. Im nächsten Schritt vollzieht sich das Aushandeln – wie in Schweden – auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Diese Lösung ist mit Sicherheit besser für die Beschäftigten, aber mit einigen Problemen für die Profitabilität und Wettbewerbsfähigkeit kapitalistischer Unternehmen verbunden (Mahon 1987). In der Abbildung sind diese drei Lösungen als ausgehandelter Miteinbezug der Beschäftigten auf Firmen-, Branchen- und Gesellschaftsebene dargestellt.⁶ Je höher die Aushandlungsebene, desto weniger flexibel ist aus offensichtlichen Gründen das Arbeitsverhältnis.

Wie ich bereits hervorgehoben habe, lassen sich Einbeziehung der Beschäftigten und flexible Arbeitsverhältnisse nicht miteinander kombinieren. Dennoch wird diese Kombination im Westen weit verbreitet als *das* postfordistische Paradigma gesehen. Dieses manchmal als flexi-

ble Spezialisierung bezeichnete Modell, das von Piore und Sabel (1985) präsentiert wurde, erhält nun breite Unterstützung von der angelsächsischen Linken. Aufgrund von Beispielen aus Japan, Deutschland (v.a. aus den Wachstumsregionen Baden-Württemberg und Bayern) und dem Dritten Italien (Emilia-Romagna und Toscana) reduziert die These der flexiblen Spezialisierung (trotz den Bezügen, die sie zum Regulationsansatz herstellt) die Debatte über Postfordismus auf die Identifikation eines einzigen Entwicklungspfads. Dieser Pfad ist technologisch durch die Einführung neuer flexibler Maschinen bestimmt und erscheint als blasse Umkehrung des industriellen Paradigmas des Fordismus: flexible statt rigide Sozialgesetzgebung, Miteinbeziehen der Beschäftigten statt direkte Kontrolle. Mit dem zweiten (klar progressiven) Aspekt werden Konzessionen bezüglich des ersten Aspekts verlangt und gerechtfertigt.⁷

Verschiedene Argumente sprechen gegen diese japanophile Linke:

- In Grossbritannien oder der USA angewandt, sind japanische Methoden reaktionär (Pollert 1988) und »weder sozial noch wirtschaftlich progressiv« (Foster/Woolfson 1989). Dieser Ansicht kann das Argument entgegengehalten werden, dass es in Grossbritannien und den USA ein anderes Paradigma ist, das die Art der Implementierung sogenannt japanischer Methoden bestimmt (Leborgne/Lipietz 1994). Ferner gibt es sogar in diesen Ländern einige Umstände, unter welchen die Einführung japanischer industrieller Verhältnisse, verglichen mit dem US-Kontext, sozial und wirtschaftlich progressiv sein kann (Brown/Reich 1987).
- Sogar an ihrem Ursprungsort (Japan) sind postfordistische Lösungen reaktionär. Mit seiner Arbeitsintensivierung und flexiblen Sozialgesetzgebung ist das japanische Modell »das grausamste und unterdrückterische System kapitalistischer Herrschaft über die Arbeit« (Kato/Steven 1989). Die erste Antwort auf dieses Argument ist, dass das durchschnittliche Bildungs- und Gesundheitsniveau der japanischen Arbeitsbevölkerung eines der höchsten der Welt ist. Zweitens sind, wenn ArbeiterInnen miteinbezogen werden, ihre Arbeitsverträge besser. Drittens ist Japan vom sozialen Gesichtspunkt her sicher nicht das fortgeschrittenste Beispiel ausgehandelten Miteinbezugs. In meiner Hierarchie (vgl. Abbildung) steht Japan hinter Deutschland und Schweden und vielleicht auch hinter anderen Ländern (Neuseeland). Nichtsdestoweniger ist es (sowohl wirtschaftlich als auch sozial) sicher progressiver als Thatcherismus oder Reaganismus.
- Auch für das privilegierte Segment der japanischen Arbeitskraft (das für die Grossunternehmen arbeitet) sind die industriellen Verhältnisse nicht so gut wie Kennedy und Florida (1988) andeuten. Eine ähnliche

Kritik wurde am Beispiel Deutschland laut (Tomancy 1990). Einmal mehr ist die treffende Einschätzung eine relative: Den deutschen und japanischen ArbeiterInnen wird sicher nicht das »Ende der Arbeitsteilung« angeboten (Kern/Schumann 1984). Dennoch ist ihre Situation mit Sicherheit ein Fortschritt gegenüber der tayloristischen Enteignung der Individualität der ArbeiterInnen am Arbeitsplatz.

– Während Hirata (1990) diese Tatsache anerkennt, kritisiert sie diese Form des Miteinbezugs der arbeitenden Klasse in den kapitalistischen Produktionsprozess. »Japanische Beschäftigte«, bemerkt sie, »fahren in ihrer Freizeit fort, über ihren Job zu reden.« Sicher, dieselbe Bemerkung könnte über die meisten männlichen Ingenieure, Manager und ... Akademiker gemacht werden! Meiner Ansicht nach trifft diese Kritik auf jede patriarchale und produktivistische Zivillisation und jede Reduktion von sozialen Identitäten von Männern auf ihren Beruf zu. Ein alternatives Projekt sollte – unter Anerkennung des Professionalismus als wichtigem Wert – diese Frage direkt angehen.

Als Zusammenfassung dieser Debatte lässt sich feststellen, dass die japanischen industriellen Verhältnisse, auch wenn sie (zumindest für das privilegierte Segment der Arbeitskraft) ökonomisch und sozial dem Thatcherismus und Reaganismus überlegen sind, einige Unzulänglichkeiten des Liberalproduktivismus nicht vermeiden können. Einer der Gründe dafür liegt darin, dass die Aushandlung des Kompromisses auf Firmenbasis in Richtung einer Verstärkung der Segmentierung und des gesellschaftlichen Wettbewerbs geht, Solidarität auf die Familie beschränkt und Frauen auf Haus und Herd und die neotayloristischen Sektoren eingrenzt.⁸

Als Resultat sind einige makroökonomische Merkmale des Liberalproduktivismus auch in Japan zu finden (wie in der Tat auch einige seiner ökologischen Konsequenzen). Die makroökonomische Entwicklung Japans ist übermässig von der externen Nachfrage nach Gütern und Kapital abhängig. Wie Itoh (1990) erklärt hat, korrespondiert die Regulierung der Einkommensverteilung in Japan nicht mit der Überlegenheit seines industriellen Paradigmas. Marxistisch ausgedrückt, verteilen die japanischen Firmen zusätzlichen Mehrwert an die Arbeiteraristokratie, während unter dem Fordismus relativer Mehrwert gewöhnlich an einen grösseren Teil der Bevölkerung verteilt wurde.⁹

Japan zeigte (zusammen mit Deutschland und Schweden) dem Rest der Welt, dass die Angebotsseite der Krise des Fordismus durch ausgehandelten Miteinbezug der ArbeiterInnen gelöst werden könnte. Diese Demonstration stellt die produktive Basis einer progressiven Alternative dar, ist aber nicht mehr als eine Basis.

Neugestaltung des Arbeitsprozesses und der Arbeitsverhältnisse¹⁰

Die Wurzel der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise ist eine Krise der Arbeit, eine Krise des Taylorismus. Ich denke, dass die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Bewegungen den Taylorismus attackieren und eine antitayloristische Revolution vorantreiben sollten – nicht nur mit einem neuen Kompromiss vor Augen, sondern auch als erste Schritte in Richtung ihres historischen Ziels einer demokratischen, selbstverwalteten Gesellschaft und einer Humanisierung der Menschheit.

Ein Kompromiss sollte es jedoch auch sein. Natürlich würde jeder Arbeitgeber, jede Arbeitgeberin am liebsten Leute beschäftigen, die mit Enthusiasmus arbeiten und all ihre intellektuellen Fähigkeiten zum grösseren Ruhm der Firma einsetzen. Soweit die tayloristische Bewegung sich entschieden hat, ohne diese Fähigkeiten auszukommen, hat sie dies aus politischen Gründen getan, die nicht nur auf der mikropolitisch-betrieblichen, sondern auch auf der makropolitisch-staatlichen Ebene angesiedelt sind. Denn die tayloristische Revolution bezweckte nicht nur, die FacharbeiterInnen in den Betrieben hinzuhalten, sondern richtete sich auf die politischen Kapazitäten einer stolzen, selbstbewussten Arbeiterklasse und gegen die gefährliche, von 1917 bis 1936 in Europa weitverbreitete Idee, dass »Menschen, die Fabriken beherrschen, auch die Gesellschaft beherrschen können«. Einer der »Erfolge« des Taylorismus bestand darin, dass die Arbeiterklasse mit dem Verlust der Kenntnisse über den Produktionsprozess jede Ambition auf Selbstverwaltung verlor. Nach der Krise von 1930-45 akzeptierten die ArbeiterInnen den Taylorismus im Austausch für den Wohlfahrtsstaat und den Konsum.

Wie könnte der Deal aussehen, wenn wiedervereinigt werden soll, was der Taylorismus voneinander getrennt hat? Was könnte die Arbeiterklasse (Männer und Frauen, Bürger- und ImmigrantInnen) im Austausch dafür unmittelbar bekommen? Der erste Aspekt dieses Deals muss, ganz klar, grössere Arbeitsplatzstabilität sein. Keine Arbeiterin, kein Arbeiter würde sich an einer gemeinsamen Suche nach Möglichkeiten weiterer Produktivitätssteigerungen beteiligen, wenn er oder sie dadurch selbst die Stelle verliert. Aus diesem Grund sind Beschäftigungsgarantien in Japan implizit Teil des Arbeitsvertrags in den grösseren Firmen, in Deutschland explizit im Gesamtarbeitsvertrag der jeweiligen Branche festgehalten. Das Problem ist, dass die meisten Einzelfirmen eine bestimmte Stelle gar nicht für länger garantieren können. Arbeitsplatzgarantien sollten deshalb dynamisch sein und sowohl eine zwei-

schriebetriebe als auch eine gesamtgesellschaftliche Dimension aufweisen. An diesem Punkt stellt sich natürlich die Frage der Mobilität.

Die meisten Lohnabhängigen sind nicht bereit, jedes beliebige Mass an beruflicher und geographischer Mobilität zu akzeptieren. Diese Position ist nachvollziehbar. Arbeit ist nur ein Bestandteil des persönlichen und des sozialen Lebens eines Individuums. Freundschaften und verwandtschaftliche Beziehungen als Hauptkomponenten des Glücks hängen von bestimmten materiellen Bedingungen ab, insbesondere von der Existenz stabiler, örtlich gebundener Gruppen. Der Kompromiss sollte deshalb nicht »Beschäftigung an einem beliebigen Ort« beinhalten, sondern das »Recht, in der eigenen Wohnregion zu leben und zu arbeiten«. Dies impliziert, dass die Gewerkschaften ein kollektives Interesse entwickeln sollten an einer dynamischen Neuschaffung von Arbeitsplätzen, und zwar in dem Mass und zu der Zeit, wie alte Arbeitsplätze verloren gehen. Der Miteinbezug der ArbeiterInnen in der Frage »Wie arbeiten wir?« bringt das Miteinbeziehen in anderen Fragen mit sich, wie »Was sollen wir tun und wo?«

Diese ständige Restrukturierung des Produktionsapparats sollte sich nach zwei Imperativen richten. Der erste ist das Erhalten und Bereichern vorhandener Fähigkeiten. Die Belegschaften sollten in Entscheidungen, die den Restrukturierungsprozess betreffen, miteinbezogen werden. Das Recht auf berufliche Umschulung und Diskussionen über das Umschulungsziel sind Teil des Kompromisses zur dynamischen Restrukturierung. Der zweite Imperativ ist die demokratische Festlegung realer gesellschaftlicher Bedürfnisse. Die Gewerkschaften könnten versucht sein, die gegenwärtigen Arbeitsplätze ihrer Mitglieder zu verteidigen. Diese Arbeitsplätze sind aber zum Teil eine Gefahr für die Gesellschaft (Atomkraftwerke) oder nicht mehr von grossem Nutzen (alte Bergwerke). Die Frage des Miteinbezugs in den Entscheid darüber, was getan werden soll, geht deshalb nicht die ArbeiterInnen, sondern die gesamte Gesellschaft an. Neue Formen demokratischer und ökologischer Planung sollten entwickelt und über das Urteil des Marktes gestellt werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Kompromisses betrifft die Art der Verteilung von Produktivitätsgewinnen. Angenommen, die neuen industriellen Verhältnisse resultieren wieder in einem starken Produktivitätswachstum wie im Goldenen Zeitalter, wer soll dann profitieren? Zumindest sollten die ArbeiterInnen soviel bekommen wie die Firmen. Sollten sie nicht soviel erhalten, würde das Zusammentreffen einer trägt gesellschaftlichen Nachfrage mit einer enormen Produktivität zu Überproduktion und Arbeitslosigkeit oder zu einem Exportkrieg (mit all seinen VerliererInnen) führen. Das neue Akkumulations-

regime könnte jedoch dieses Problem entweder mit höheren Löhnen oder einer Verringerung der individuellen Arbeitszeit beheben. Meiner Meinung nach (und dieser Punkt ist besonders wichtig), sollte der Kompromiss mehr und mehr freie Zeit bringen. Zahlreiche Gründe sprechen für diesen Lösungsweg.

Erstens hat eine Mehrheit der Bewohner und Bewohnerinnen der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder einen quantitativ ausreichenden Lebensstandard erreicht. (Anders ist die Situation in der Dritten Welt.) Das »Recht, nach dem Glück zu streben« ist gegenwärtig nicht durch mangelndes Haben, sondern durch mangelndes Sein eingeschränkt. Diese Einschränkung tauchte um 1968 als erste existenzielle Grenze des Fordismus auf und nahm seine wirtschaftliche Krise vorweg. Überdies sind die neuen Güter, die uns die mikroelektronische Revolution bis jetzt beschert hat (Heimcomputer, Musik- und Videogeräte), zeitaufwendig und nicht zeitsparend, wie es die fordistischen Güter (Autos, Waschmaschinen etc.) sein mussten.

Zweitens ist eine drastische Senkung der Arbeitszeit der einzige Weg, eine rasche Verringerung der Arbeitslosigkeit sicherzustellen. Auf jeden Fall steht die Arbeitszeitreduktion zur Zeit auch im liberalproduktivistischen Modell im Vordergrund, nur sind es die Teilzeitarbeitenden und Marginalisierten, die weniger arbeiten. Daraus ergibt sich eine Situation, in der es für ein Segment der Bevölkerung zuviel Arbeit gibt und für ein anderes (das sich vor allem aus Frauen, jungen Leuten und ethnischen Minderheiten zusammensetzt) nicht genügend Arbeit und nur unstarke Teilzeitjobs zur Verfügung stehen.

Drittens lässt die Logik vermuten, dass aktive ArbeiterInnen, die während der Arbeitszeit miteinbezogen werden, langfristig sich auch als aktive BürgerInnen im demokratischen Leben engagieren und ihre freie Zeit für eine lebendige Kultur und eine ständige Verbesserung ihrer Ausbildung einsetzen werden.

Viertens ist ein Akkumulationsregime, in dem Vollbeschäftigung auf einem langsameren Wachstum der Marktbeziehungen und einer Expansion freier, nicht marktbezogener sozialer Beziehungen basiert, weniger den wirtschaftlichen Störungen ausgesetzt, die vom internationalen Wettbewerb ausgehen. Die Akkumulation von Wohlbefinden führt zu ausgeglicheneren Ökonomien und erhöht die Fähigkeit nationaler Gesellschaften, auf demokratischem Weg sich selbst zu regulieren.

Fünftens wird jede Steigerung in der Produktion materieller Güter (verbunden mit dem Verbrauch von Rohstoffen und Energie) mit globalen und lokalen ökologischen Grenzen in Konflikt kommen. Da ein Bedarf vorhanden ist, das materielle Wohlergehen eines Grossteils der Drittbevölkerung zu vergrössern, sollte die Bevölkerung des Nor-

dens eine Form des Fortschritts wählen, die eine Ausdehnung der freien Zeit fördert.

Ein alternativer Sektor zur Lösung der Krise des Sozialstaats

Das Modell des Sozialstaats, das sich aus einem Jahrhundert gewerkschaftlicher Militanz heraus entwickelt hat, ist eine starke, aber sehr spezielle Form sozialer Solidarität. Es handelt sich im wesentlichen um einen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit, der die Form eines Kompromisses zwischen BürgerInnen angenommen hat. Ein Teil des direkten Einkommens wird abgezogen, was die individuelle Kaufkraft reduziert, und in einen gemeinsamen Fonds eingespeist. Aus diesem Fonds wird das Einkommen von Leuten finanziert, die gezwungenmassen ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht mehr mit Lohnarbeit verdienen können.

Mit den Steuern des aktiven Sektors wird der Fonds zur Finanzierung des Sozialstaats gespeist. Werden diese Beiträge zu gross, beginnen die Mitglieder des aktiven Sektors zu protestieren: Der Sozialstaat unterstützt »faule« Leute und Leute, die nicht arbeiten wollen. Tatsächlich würden diese Leute zwar gerne arbeiten, dürfen aber, während sie Unterstützungsgelder erhalten, nicht arbeiten und müssen mit den psychologischen und praktischen Folgen dieses Widerspruchs leben.

Abgesehen von diesem im allgemeinen ungerechten und dummen Vorwurf der Faulheit wird der Sozialstaat von den IdeologInnen des konservativen Liberalismus mit dem Argument angegriffen, er sei für den mikroökonomischen Untergrund wirtschaftlich kontraproduktiv und »ohne (oder mit einer geringeren) Steuerbelastung des aktiven Sektors durch den Sozialstaat würden sich die gesamten Arbeitskosten reduzieren und viele Arbeitskräfte neu eingestellt«. Dieses Argument mag auf der mikroökonomischen Ebene zutreffen, unterliegt aber einem Kompositionsfehler. Werden keine Steuern erhoben, um den Sozialstaat zu finanzieren, gäbe es auch keine sozialen Transferzahlungen und eine viel grössere Gefahr makroökonomischer Instabilität.

Einige VertreterInnen der Reduktion des Sozialstaats skizzieren als Alternative die »Familienwohlfahrt« mit den Hausfrauen als Fürsorgerrinnen, finanziert über private Versicherungen oder Ersparnisse. Vom mikroökonomischen Standpunkt aus muss betont werden, dass jede Transferzahlung in einer bestimmten Periode durch die Produktion in derselben Periode finanziert wird, dass also jedes System sozialer Solidarität auf Umverteilung und nicht auf Sparen beruht.¹¹ Was die Familiensolidarität angeht, basiert sie allzu oft auf der patriarchalen Unterdrückung der Frauen.

Es ist jedoch möglich, die schizophrene Argumentation gegen den Sozialstaat auch unter Berücksichtigung des mikroökonomischen Arguments zu widerlegen, wenn der Kompositionsfehler vermieden und gleichzeitig die feministische Kritik an der Arbeitsreilung zwischen den Geschlechtern miteinbezogen wird. Eine Vorwärtsstrategie beinhaltet die Schaffung eines neuen, grösserenmässig beschränkten Sektors, dessen Beschäftigte (oder genauer: die Agenturen, die sie beschäftigen und bezahlen) vom Sozialstaat die normalen Arbeitslosengelder erhalten würden. Die Beschäftigten dieses Sektors müssten keine Sozialabgaben entrichten oder nur soviel, wie wenn sie arbeitslos wären, und würden einen normalen Nettolohn erhalten.¹² Die Aktivitäten des neuen Sektors sollten sozial nützlichen Aufgaben gewidmet werden, Aufgaben, die vom Sozialstaat auf teure Art und Weise (Pflege von alten Leuten oder Kranken), von Frauen in Gratarbeit oder überhaupt nicht erledigt werden (Verbesserung der Umweltsituation in armen Quartieren etc.). Die Entwicklung dieses Sektors würde viele Probleme des fordistischen Sozialstaats beseitigen. Die schizophrene Kritik würde verschwinden. Aktive SteuerzahlerInnen wüssten, für was sie bezahlen: für sozial nützliche Dienstleistungen. Im dritten Sektor Beschäftigte hätten eine nützliche Arbeit, die ihnen mehr sozialen Wert und mehr Selbstachtung verschaffen würde als ein schlechtbezahlter Zweijob am Abend, ein Teilzeitjob in einer Fastfood-Kette oder Schuheputzen. Das mikroökonomische Argument würde respektiert: Es würden Stellen geschaffen, die den Agenturen in einem neuen Aktivitätssektor wenig Kosten verursachen, den früheren Arbeitslosen ein stabiles Einkommen verschaffen und bestehende Stellen in den Markt und den öffentlichen Sektoren nicht konkurrenzieren. Die Abwesenheit des Wettbewerbs verunmöglicht überdies einen Kompositionsfehler.

Aber es gäbe noch andere Vorteile. Mit dem Entstehen eines neuen wirtschaftlichen Sektors lassen sich neue soziale Verhältnisse erproben. Erstens könnte die Arbeit innerhalb des neuen Sektors in kleinen selbstverwalteten Agenturen organisiert werden, und mit der Hilfe von SozialpsychologInnen und ErwachsenenbildnerInnen könnten diese Agenturen Arbeit und Berufsausbildung miteinander verbinden. Zweitens könnten solche Agenturen in den Beziehungen zu ihren »KlientInnen« und »KundInnen« innovative, nicht-marktbezogene und nicht patriarchale Vertragsformen einführen. Dabei müsste der soziale Nutzen von Aktivitäten solcher selbstverwalteter Gruppen unter einer ständigen demokratischen Kontrolle durch die Vertragspartner (eine Lokalgemeinde, eine Agentur für Umweltschutz etc.) stehen. So könnten dieser neue alternative Sektor sich zu einer Schule für Selbstverwal-

tung, Gleichberechtigung und Demokratie in der gesellschaftlichen Festlegung von Aufgaben entwickeln. Obwohl er in Markt- und Lohnverhältnissen eingebunden (aber durch seine Verbindung mit dem Sozialstaat geschützt) wäre, könnte er einen Schritt vorwärts in der Humanisierung von Wirtschaftsbeziehungen repräsentieren.

Eine nicht-aggressive internationale Wirtschaftsordnung

Dieser Gesellschaftskonstruktion kann sicherlich entgegnet werden: »Schön, wenn eine Nation diese Konstruktion wählt, aber sie wird im internationalen Wettbewerb nicht bestehen können. Wie können ArbeiterInnen, die dreissig Wochenstunden arbeiten, mit KoreanerInnen konkurrieren? Überdies könnte ein demokratisches Korea sich dafür entscheiden, hart zu arbeiten und den Lebensstandard seiner Bevölkerung zu erhöhen.« Dieser Einwand ist berechtigt. »Mein« Kompromiss ist nicht der einzig denkbare progressive Kompromiss und abgesehen davon haben die meisten herrschenden Klassen sich für die liberalproduktivistische Konstruktion entschieden. Es ist deshalb notwendig, sich auf eine internationale Ordnung zu einigen, die für eine progressive Konstruktion Platz lässt – selbst wenn diese Konstruktion nicht von allen Ländern übernommen wird.

Das Problem der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsordnung liegt darin, dass die Last des Zahlungsbilanzausgleichs den Defizitländern aufgebürdet wird, oft also den Ländern, für deren Bevölkerung wirtschaftliche Expansion eine Lebensnotwendigkeit darstellt. Als in den fünfziger Jahren das führende Land, die USA, seine Interessen mit der Expansion seiner Partnerländer gleichsetzte und als in den siebziger und späten achtziger Jahren eine lasche US-Geldpolitik es erlaubte, internationale Handelsausgleichszahlungen aufzuschieben, waren die Gefahren dieser Situation verborgen. In den frühen achtziger Jahren jedoch kamen all die gefährlichen Konsequenzen der gegenseitigen Übervorteilung zum Vorschein, und diese Gefahren stellen eine grosse Bedrohung für die neunziger Jahre dar.

Auf den ersten Blick scheint Protektionismus der einfachste Weg zur Lösung des Problems zu sein. Kann sich ein Land auf einen »guten« Binnenkompromiss einigen und ist es Ziel dieses Kompromisses, sicherzustellen, dass die Fähigkeiten jedes Bürgers, jeder Bürgerin der Befriedigung gemeinschaftlicher Bedürfnisse dienen, warum sollte diese Übereinkunft durch die willkürlichen Prinzipien des Freihandels gestört werden? Überdies ist es eine Tatsache, dass alle Nationen, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nahmen, mit Protektionismus begannen, wie zum Beispiel Japan.

Protektionistische Massnahmen jedoch haben Implikationen. Die Verbreitung neuer Produkte und Prozesse könnte sich verlangsamten, Skalenerträge sind ebenso wie potentielle Komplementäreffekte vorbestimmt, während sich Investitionen grossen Massstabs verdoppeln. Diese Gründe waren es, die zur Schaffung der Europäischen Gemeinschaft (EG) führten. Die EG war so lange erfolgreich, wie all ihre Mitgliedländer gleichzeitig das Wachstum zu maximieren suchten. Als einige von ihnen sich mit Handelsungleichgewichten herumschlagen mussten und eine Lösung wählten, die auf kompetitive Deflation hinauslief, entstanden die gleichen Probleme wie nach der Etablierung des Europäischen Währungssystems, das kompetitive Abwertungen nicht zulies und kompetitive Deflation zur einzigen Lösung machte.

Nehmen wir die EG als reduziertes Modell, um die Probleme des internationalen Handels zwischen fortgeschrittenen Ländern zu studieren. Die EG ist ein multinationaler Wirtschaftsraum mit einer expliziten Regulationsweise, einer Spielregel. Die Regel des EG-Spiels bestraft Ökonomen, die schneller wachsen oder die Arbeitszeit schneller reduzieren als der Rest. Eine mögliche Lösung wäre eine explizite Übereinkunft zur Koordinierung des Wachstums oder der Arbeitszeitreduktion. Diese Alternative entspricht einem Vorschlag von Teilen der europäischen Linken (der britischen Labour-Partei, der früheren Kommunistischen Partei Italiens etc.) und der europäischen Grünen. Eine solche Übereinkunft (als »erstbeste« Strategie für einen Ausweg aus der Krise) verlangt jedoch, dass die Regeln demokratischer Politik dazu führen, dass in allen europäischen Ländern gleichzeitig Koalitionen gewählt werden, die eine solche Gesellschaftskonstruktion unterstützen. Dass diese Situation eintritt, ist unwahrscheinlich: In den frühen achtziger Jahren beispielsweise, als Grossbritannien sich dem Liberalproduktivismus zuwandte, wählte Frankreich die radikale Sozialdemokratie. Ein institutioneller Putsch durch das Europäische Parlament (wo 1989 bis 1994 potentiell eine linksrüne Mehrheit existiert hat) gegen nationale Regierungen ist also unwahrscheinlich.

Deshalb ist eine »zweitbeste« Lösung gefragt: keine internationale Übereinkunft über eine einzige Gesellschaftskonstruktion, sondern ein Übereinkommen darüber, die besten Konstruktionen nicht zu bestrafen. Eine mögliche Regelung ist die folgende: Wenn ein europäisches Land mit einer überdurchschnittlichen Rate an neugeschaffenen Stellen (als Ergebnis von Wachstum, Arbeitszeitreduktion oder der Entwicklung eines alternativen Sektors) ein Handelsdefizit erleidet, bekommt das Land nach sechs Monaten das Recht auf Anwendung nichtdeflationärer, protektionistischer Massnahmen (wie Abwertungen, Quoten, Importsteuern etc.), um seine Handelsbilanz wieder ins

Lot zu bringen. Diese Privilegien verschwinden, sobald seine Leistung wieder auf den europäischen Durchschnitt zurückfallen. Im Kontext einer solchen Regelung ist ein Land nicht gezwungen, die eine oder andere Strategie zu wählen. Ein Land jedoch, dessen Wachstum sich verlangsamt, kann nicht mehr von der Ausweitung der Nachbarmärkte profitieren, bis es selbst einen Beitrag zur Verbesserung der Situation aller Länder leistet. Unter solchen Umständen werden Anpassungen eher in Aufwärts- als in Abwärtsrichtung vorgenommen.

Auf einer internationalen Ebene ist es schwieriger, eine ähnliche Festlegung zu erreichen: Bestenfalls kommt es zu einem Gentlemen's Agreement. 1986 begann die US-Administration, sich bei den Japanern und Deutschen für eine Steigerung ihrer Wachstumsraten einzusetzen, weil »es unmöglich wäre, den US-Kongress von protektionistischen Massnahmen abzuhalten, wenn die Wachstumsraten nicht gesteigert würden«. Zeigt dieses US-amerikanische Argument nicht, wie sinnvoll ein neues Regelwerk, wie ich es vorschlage, wäre?

Welchen Einfluss hätte dieser neue multilaterale Geist auf den Handel zwischen den neu industrialisierenden und den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern? In den frühen siebziger Jahren waren die EinwohnerInnen letzterer glücklich, grosse Vorteile aus den miserablen Löhnen zu ziehen, die in ersteren bezahlt wurden. In den achtziger Jahren jedoch wurden die tiefen Arbeitskosten in den neu industrialisierenden Ländern als »unfaire Wettbewerbsbedingungen« angesehen, die im Norden Arbeitslosigkeit hervorriefen und protektionistische Massnahmen (u.a. gegen Korea) rechtfertigten. Diese Stellenverluste im Norden waren die klarste Konsequenz des Kompositionsfehlers, eine Folge des Glaubens der VertreterInnen des Freihandels, dass sich alle Länder gleichzeitig entwickeln könnten, indem sie zu Nettoexporteuren werden. Sollte sich eine neue industrielle Revolution in die Dritte Welt ausbreiten, dann werden die Drittweltländer neue Märkte für ihre neuen Produkte schaffen müssen. Zu diesem Zweck sollte es den Drittweltländern möglich sein, ihre jungen Industrien zu schützen. Gleichzeitig jedoch sollten Exporte aus den neu industrialisierenden Ländern sich nicht zu zerstörerisch auf die Beschäftigung im Norden auswirken. Eine mögliche Regelung ist die folgende: Der Norden darf sich gegen Länder schützen, deren Konkurrenzfähigkeit auf Diktatur und tiefen Löhnen beruht, die mittels Terror durchgesetzt werden. Umgekehrt sollte der Norden offen sein für Exporte aus Ländern, die rasche Steigerungen im Lebensstandard ihrer Bevölkerungen verzeichnen und volle gewerkschaftliche Freiheiten gewähren. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf könnte als Schiedsrichterin wirken.

Eine solche Regelung würde die neuen Demokratien in der Dritten

Welt vor wildem Wettbewerb schützen, und es wäre ein Anreiz für die herrschenden Klassen in Ländern, wo Diktaturen herrschen, zur Demokratie überzugehen und eine gesunde ökologische und soziale Politik zu betreiben. Ein besseres Gleichgewicht zwischen dem Wachstum im Norden und dem schnelleren Wachstum im Süden würde gewährleistet und in bezug auf die Weltwirtschaft und die Beschäftigung ein Positivsummenspiel etabliert. Aber die Schwierigkeit liegt in der Schuldenkrise.

Es ist die Schuldenlast der Vergangenheit, die neu industrialisierende Länder veranlasst, sich in Richtung eines exportorientierten Wachstums anzupassen. Exportorientiertes Wachstum jedoch ist das exakte Gegenteil dessen, was für eine stabilere Weltwirtschaftsordnung nötig wäre. Die beste Lösung, ein Schuldenerlass, wäre weder töricht noch grosszügig, sondern würde mittelfristig und makroökonomisch im Interesse des Nordens liegen. Die Schwierigkeit dabei ist, dass ein Schuldenerlass den Bankrott der Gläubiger auslösen könnte. Es stellt sich deshalb das Problem der letzten Gläubigerinstanz. Wenn der Süden nicht zahlt, muss eine supranationale monetäre Organisation das internationale Bankensystem für die Darlehen, die es abschreiben muss, (teilweise) entschädigen.

Bis 1979 war die US-Federal Reserve die letzte Gläubigerinstanz. Nachdem sie zum Monetarismus übergang, genügte die monetäre Situation weltweit nicht mehr den Erfordernissen einer weltwirtschaftlichen Expansion (und war ein weiterer Grund für das Negativsummenspiel in den frühen achtziger Jahren und den Crash vom Oktober 1987). Gegenwärtig ist keine nationale Zentralbank eine potentielle Anwärterin auf die Rolle der international letzten Gläubigerinstanz, welche eine Weltwährung nach den Bedürfnissen des internationalen Handels ausgibt und verwaltet. Eine nationale Währung kann als Weltwährung dienen, wenn das Notengeld dieser Nation als internationales Zahlungsmittel akzeptiert wird. Dies ist aber nur möglich, wenn dieses Notengeld durch die unangefochtene ökonomische Führung der ausgebenden Nation abgesichert ist. Eine solche Nation existiert aber nicht mehr. Umgekehrt können auch noch so grosse private Bankmultis nicht letzte Gläubigerinstanz sein. Sie können keine neuen Kredite gewähren, wenn sie beinahe sicher sind, dass die alten nicht zurückgezahlt werden.

Folglich sollte eine internationale Institution mit der Ausgabe von frischem Kreditgeld beauftragt werden. Ein erneuerter Internationaler Währungsfonds (IWF) zum Beispiel könnte eine Art Spezialziehungsrechte als internationales Zahlungsmittel ausgeben, was für eine weltwirtschaftliche Erholung notwendig wäre.

Einmal mehr stellt sich das Problem der Regelungen. Offensichtlich ist, dass die Zusammensetzung des IWF-Personals vermehrt die Interessen der Entwicklungsländer repräsentieren sollte. Doch sollte auch eine allgemeine Übereinkunft über die Bedingungen für den Erlass aller Schulden wie für die Gewährung neuer Kredite getroffen werden. Die Regeln sollten wie folgt sein: Erstens, wenn eine Diktatur fällt, sollen diejenigen Schulden erlassen werden, die den Ausgaben für Repräsentation entsprechen. Zweitens sollte der Schuldendienst nicht mehr als 10 Prozent der Exporterlöse ausmachen. Verluste von Banken, die sich aus dieser Regel ergeben können, würden von den Gläubigern und der neuen internationalen letzten Gläubigerinstanz geteilt. Diese zweite Regel wäre ein Anreiz für die Gläubiger, mehr Güter von den Schuldnern zu kaufen. Drittens müsste zusätzliches internationales Geld geschaffen werden, um die Unterstützung von Entwicklungsprojekten durch die Weltbank und die Stabilisierung der Rohstoffpreise an den Börsen zu finanzieren. Diese dritte Regel führt zu immensen Schwierigkeiten, denn sie impliziert eine Übereinkunft in Fragen bis hin zu: Was sind »gute« Investitionen und was »faire« Preise für Rohstoffe? An diesem Punkt wird eine monetäre Organisation, die vorgibt, ein technisches Instrument zu sein, zu dem, was sie wirklich ist: zu einem politischen Instrument.¹³

Zusammenfassende Bemerkungen

In diesem Beitrag habe ich auf der Basis einer Schwachstellenanalyse des hegemonialen Modells der Nachkriegsentwicklung, des Fordismus, eine neue Gesellschaftskonstruktion vorgeschlagen. Die Probleme des Fordismus (zu kapitalintensive Technologien, ungenügende Produktivität, eine Krise der Industrieverhältnisse, individuelle und kollektive Revolten gegen Hierarchien und einen anmassenden Staat, Widersprüche zwischen dem nationalen Charakter der ökonomischen Regulation und dem internationalen Charakter von Produktion und Handel usw.) stehen auf der Tagesordnung von allen konkurrierenden Neukonstruktionen. Aus diesem Grund erscheinen ähnliche Vorschläge sowohl im Projekt des Liberalproduktivismus, das von mir kritisiert wurde, als auch im alternativen Projekt, das ich vorgeschlagen habe. In gleicher Art und Weise stand in den dreissiger Jahren die Idee des Korporatismus (explizite Zusammenarbeit zwischen Staat, Firmen und Gewerkschaften zur Regulierung des Wirtschaftslebens) auf der Tagesordnung des Faschismus, der Sozialdemokratie wie auch des Stalinismus, weil das Hauptproblem in einer von der Anarchie des Markts ausgehenden Überproduktion zu liegen schien. Unterschiede zwischen

den Projekten erscheinen deshalb nicht im Vergleich von Teillösungen, sondern von Gesamtkonstruktionen.

Die alternative Konstruktion, die ich für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder vorschlage, umfasst:

- neue sozio-industrielle Verhältnisse, basierend auf einem bewussten Einbezug der direkt in der Produktion Arbeitenden im Austausch für ihr Recht, die Einführung neuer Technologien und Arbeitspraktiken zu kontrollieren, in ihren Wohnregionen zu leben und zu arbeiten und über mehr freie Zeit zu verfügen,
- ein Beibehalten des gegenwärtigen Sozialisierungsgrades von Gewinnen, um die soziale Sicherheit zu erhalten, dazu aber eine fundamentale Reform des Sozialstaats, um einen neuen selbstverwalteten Sektor zu entwickeln, der die Versorgung mit sozial nützlichen Dienstleistungen im Vertragsverhältnis mit lokalen Gemeinden übernimmt,
- neue internationale Verhältnisse, basierend auf Multilateralität, internationalem Kreditgeld und der Ablehnung des systematischen Freihandels, auf der Annahme eines neuen Sets von Regeln, die den maximalen sozialen Fortschritt in den jeweiligen demokratischen Ländern fördern, und
- eine Beschäftigung mit ökologischen Fragen sowie die Erarbeitung nachhaltiger Entwicklungsmodelle.

In der Terminologie des Regulationsansatzes: Das neue technologische Paradigma wäre aufwendiger an Facharbeit, dafür kapitalsparender. Das neue Akkumulationsregime würde bei einem langsameren Wachstum der Güterproduktion, mehr freier Zeit und weniger investiertem Kapital pro Kopf einen hohen Beschäftigungsgrad sicherstellen. Die neue Regulationsweise wäre ausgerichtet auf Selbstverwaltung produktiver Gruppen und vertragliche Beziehungen zwischen ihnen. Die neue Weltkonfiguration würde auf selbständigeren Ökonomien beruhen und auf der Verwendung einer multilateral verwalteten Währung zur Finanzierung des Welthandels. Was den Gehalt von Produktion und Konsumtion in diesem Modell angeht, würde er dazu tendieren, ökologisch gesunder und kulturell gehaltvoller zu werden (zumindest in ökonomisch fortgeschrittenen Ländern). Ein solches Modell würde schliesslich grössere Veränderungen im Geschlechterverhältnis mit sich bringen.

Diese alternative Konstruktion zielt darauf ab, einen Beitrag zum allgemeinen sozialen und intellektuellen Fortschritt, zu mehr Freiheit und Wohlfahrt für alle, zu mehr Demokratie, zu friedlicheren interna-

tionalen Beziehungen und einem ökologisch nachhaltigen Entwicklungsmodell zu leisten. Sie akzeptiert die Existenz von Lohn- und Marktverhältnissen und Führungshierarchien und setzt weder die Zerstörung des Staats noch die Diktatur des Proletariats voraus. Es ist kein revolutionäres Projekt. Es ist nur gerade ein Schritt vorwärts, ein Kompromiss für die nächsten Jahrzehnte.

Die von Roosevelt und den SozialdemokratInnen vorgebrachten Projekte waren auch Kompromisse. Aber ihre Projekte umfassten den Bruch mit mächtigen Interessen und waren das Gegenteil von anderen Korporatismus-Versionen. Tausende mussten für sie sterben in Ereignissen, wie sie auch zu »Friedenszeiten« in den dreissiger Jahren sogar in Ländern von Schweden bis in die USA vorkamen. Dutzende von Millionen mussten in den Jahren zwischen dem Spanischen Bürgerkrieg, der japanischen Invasion des asiatischen Kontinents und der Kapitulation Deutschlands und Japans wegen den Ambitionen einer weniger friedlichen Gesellschaftskonstruktion sterben. Um einen Kompromiss zu schliessen, genügt intellektuelle Konsistenz nicht. Die politische Gangbarkeit eines Kompromisses hängt von der aktiven Unterstützung durch einen Grossteil der Bevölkerung ab. Demokratie, Solidarität und ökologische Verantwortung sind die attraktivsten Werte und Wünsche, die die nötige Unterstützung erhalten könnten.

Aus dem Englischen übersetzt von Hansruedi Hitz.

Anmerkungen:

1. Zu den Unterschieden zwischen diesen Krisen und den ökonomischen und politischen Kernproblemen, deren Ausdruck sie waren, vgl. Lipietz 1989.
2. Diese Methodologie wurde erarbeitet und laufend weiterentwickelt von Aglietta 1976, Boyer/Mistral 1983, Coriat 1979, Lipietz 1979, 1983, 1985a. Hier folge ich der Darstellung in Glyn et al. 1990. Für eine bessere Übersicht über die Hauptkonzepte des Regulationsansatzes und deren Verbindung mit dem dialektischen Materialismus, vgl. Lipietz 1985c, 1988.
3. Das französische Wort »*regulation*« bezeichnet diesen Ausgleich widersprüchlicher Tendenzen. Es gehört zum Vokabular der Biologie und der Kybernetik. (Im Deutschen steht »Regulation« für die Regelung der Organismen bzw. die automatische Anpassung eines Lebewesens an wechselnde Umweltbedingungen. Ein weiterer Begriff, »Regulierung«, bezeichnet die Herstellung des gleichmässigen, richtigen Ganges einer Maschine sowie die Korrektur von Gewässern. Weniger eingeschränkt ist schliesslich die Verwendung des mit »Regel« eng verwandten Worts »Regelung«, Anm. des Übersetzers). Ein anderes Wort, »*reglementation*« – Reglementierung, wird in bezug auf die gesetzgeberische und administrative Tätigkeit des Staats verwendet. Im Englischen bedeutet das Wort »*regulation*« beides. Selbstverständlich sind gesetzliche Regeln Teil des gesellschaftlichen Selbstkontrollmechanismus, der jedoch nicht auf Gesetze reduziert werden darf. In diesem Beitrag werde ich das Wort Regulation in der spezifischeren französischen Bedeutung gebrauchen.
4. Diese Unterscheidung zwischen zwei verschiedenen Dimensionen der Krise wurde von Malinvaud (1977) popularisiert, ist aber ein wohlbekannter Aspekt von Marx' »Kapital«, Band III. Für eine Anwendung von Marx' doppelsteuiger Erklärung von Krisen auf die derzeitige Krise vgl. z.B. Lipietz (1983).
5. Japanische Methode zur Flexibilisierung der Produktion, die es ermöglicht, unmittelbar dasjenige Bestandteil zu produzieren, das gerade für die Endmontage abgerufen wurde (Anm. des Übersetzers).
6. Zu den Kontrasten in der gegenwärtigen Evolution der Arbeitsverträge und der industriellen Verhältnisse und ihrer gegenseitigen Konsistenz vgl. Boyer (1986b), Leborgne/Lipietz (1990b, 1994) und Lipietz (1991a). Wie die Literatur dieser drei Hinweise zeigt, existiert auch eine individuelle Aushandlungsebene des Miteinbezugs von ArbeiterInnen, die mit der Flexibilität des Liberalismus konsistent ist. Zur Benennung der Hauptalternativen verwende ich folgende Begriffe:
 - Neotaylorismus für die Kombination des tayloristischen Paradigmas mit flexiblen industriellen Verhältnissen,
 - Kalmartismus für den gesellschaftlich ausgehandelten Miteinbezug (nach der Volvo-Fabrik im schwedischen Kalmar) und
 - Toyotismus für die Möglichkeit eines auf Firmenebene ausgehandelten, dualen Kompromisses zwischen Kapital und Arbeit (Neotaylorismus/Kalmartismus).
7. Für eine sehr zutreffende Darstellung dieser Entwicklung vgl. Rustin (1989). Barbrook (1990) betont, dass sich die »Neue Zeiten/Postfordismus«-Ideologie nicht vom französischen Regulationsansatz ableiten lässt.
8. Vgl. Jenson (1989). Die gleiche Kritik gilt auch für Frauen und türkische Arbeiter in einigen Branchen der westdeutschen Ökonomie (vgl. Walraff 1986).
9. Vgl. Leborgne/Lipietz (1994). Gramsci brachte diese Kritik schon an, als er

den Fordismus zu antizipieren versuchte. Foster (1988) bemerkt richtigerweise diesen Punkt, aber durch die Identifikation des Fordismus mit Gramscis Vorwagnahme und Fords eigener Politik ignoriert er die Regulationsweise, welche die makroökonomische Entwicklung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich stabilisierte. In der Folge glaubt Foster auch, dass der erste Grund für den Zusammenbruch des Fordismus Überproduktion und nicht der Fall der Profitrate war.

10. Die nun folgende Argumentation ist stark beeinflusst von zahlreichen Diskussionen unter ÖkonomenInnen und AktivistInnen des linken Flügels über den Misserfolg der Versuche der ersten zwei Mitterand-Regierungen (1981-84), durch eine Radikalisierung sozialdemokratischer Politik aus der Krise zu kommen (vgl. Lipietz 1984a, 1989b).

11. Zahlen die Pensionskassen die Renten aus dem Zins auf dem akkumulierten Kapital, muss dieses Geld dennoch von der gegenwärtigen Wertschöpfung abgezogen werden. Der Unterschied zwischen dem Prinzip der Umverteilung und der Kapitalisierung ist deshalb vor allem ein psychologischer.

12. Angenommen, ein Arbeiter, eine Arbeiterin erhält einen Nettominimallohn von 4000 fFr. pro Monat. Wegen Sozialbeiträgen und anderen Steuern müsste ein Arbeitgeber, eine Arbeitgeberin 7000 fFr. bezahlen. Wenn eine arbeitslose Person ein Arbeitslosengeld von 2700 fFr. erhält und keine Steuern und Beiträge zu entrichten hat, bleiben die sozialstaatlichen Ausgaben unverändert, und die öffentliche Agentur für sozial nützliche Arbeit müsste nur noch 1300 fFr. bezahlen, damit die betreffende Person den Minimallohn erhält. In dieser Situation würden die Aktivitäten des neuen Sektors subventioniert und wären steuerfrei, und die beteiligten öffentlichen Agenturen könnten eine Unzahl von zuvor nicht profitablen Aktivitäten entfalten.

13. Zu Fragen des »fairen« Handels und der Schulden vgl. Lipietz (1985a, 1989b).